



Ennepe-Ruhr-Kreis
Der Landrat

Fachbereich II: Finanzen, Kreisentwicklung
und Soziales

Sachgebiet: Allgemeine Sozialverwaltung

Datum: 1.3.2007

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit Nr. 1/2007
am Dienstag, dem 22.2.2007, 16:00 Uhr, im Kreishaus, Sitzungsraum 166**

Anwesend waren:

a) Kreistagsabgeordnete Marion Schmitt als stellvertretende Vorsitzende

b) Ausschussmitglieder

Kalk, Christel
Müller, Dieter
Lützenbürger, Barbara
Vogt, Helga
Junge, Wolfram
Dierkes, Magdalene
Döling, Ulrich
Frech, Paul
Frohn, Hugo
Kampschulte, Matthias
Didic, Gabriela
Linnepe, Christel
Kloppenburg, Willi
Liesche, Uwe
Obereiner, Jörg

c) von der Verwaltung

Dr. Brückner
Dr. Boschek
Thier
Wilkesmann
Langewiesche - als Schriftführer -

Die stellvertretende Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden.

TOP 1: Mitteilungen

- Beteiligung von Vertreterinnen/Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der freien Wohlfahrtspflege und des Arbeitsmarktbeirats

Der Ausschuss ist damit einverstanden, dass sich Herr Winter -DRK-, Herr Bobe - Diakonisches Werk- und Frau Franke -Arbeitsmarktbeirat- beratend an der Sitzung beteiligen.

- Hr. Dr. Boschek teilt mit, dass mit dem zum 1.7.2007 geänderten Krankenhausbedarfsplan der Heimathof Homborn, Fachklinik für Epilepsie, 10 Betten verliert.
- Hr. Dr. Boschek legt als Tischvorlage den Kinder- und Jugendgesundheitsbericht vor.

TOP 2: Umsetzung der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ nach dem SGB II - Sachstand zur Aufgabenwahrnehmung durch die JobAgentur EN

-Drucksache Nr. 13/07-

Hr. Dr. Brückner erläutert die Vorlage der Verwaltung und die Tischvorlage vom 15.2.2007 -Sachstandsdarstellung zum Thema Kennzahlenvergleiche der Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen im Bereich SGB II-.

Der rückläufige Trend bei den Fallzahlen hat sich fortgesetzt.

Für 2007 werden zunächst geringere Mittelzuweisungen für Eingliederungsleistungen erwartet. Es besteht jedoch die Hoffnung, dass in einem zweiten Bewilligungsverfahren voraussichtlich im Mai weitere Mittel zugewiesen werden, so dass der Maßnahmenumfang 2006 wieder erreicht werden kann.

Die Entwürfe für die bilateralen Vereinbarungen mit den Regionalstellen werden derzeit im Detail bearbeitet.

Hr. Dr. Brückner berichtet über die differierenden Rechtsauffassungen des Bundesministeriums und den Kommunen über die Art der Einkommensanrechnung (Horizontal- oder Vertikalmethode) und stellt die möglichen finanziellen Konsequenzen für den Kreis dar.

Alle Fraktionen würdigen die hohe Zahl von Vermittlungen durch die JobAgentur EN.

Hr. Obereiner bittet um ergänzende Mitteilung, inwieweit die Vermittlungen auf eigene Bewerbungen der Leistungsbezieher zurückzuführen sind und in welchem Umfang eigene Bewerbungen von den Leistungsbezieher gefordert werden.

Hr. Dr. Brückner kündigt eine entsprechende Mitteilung durch Hrn. Dürwald in der nächsten Sitzung an.

Auf Nachfrage von Fr. Didic teilt Hr. Dr. Brückner mit, dass ca. 20% der Leistungsbezieher aufstockende Leistungen zum Erwerbseinkommen beziehen.

Hr. Obereiner hinterfragt, warum nur ca. 84% der Eingliederungstitels verbraucht worden sind. Hr. Dr. Brückner weist darauf hin, dass eine 100%ige Inanspruchnahme der Eingliederungsmittel nur theoretisch möglich ist. Alle Maßnahmen müssen vernünftig konzipiert werden und bedürfen einer ausreichenden Vorlaufzeit. Bei einer anteiligen Mittel-

zuteilung im September ist die Vorlaufzeit für einen effizienten vollen Mitteleinsatz im laufenden Haushaltsjahr zu kurz.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass die Quote beim Einsatz der Eingliederungsmittel bei den Optionskommunen 15 % höher liegt als bei den „ARGEN“.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit nimmt den dargestellten Sachstand zur Kenntnis.

TOP 3: Beteiligung der kreisangehörigen Städte an den kommunalen Kosten im Rahmen der Leistungsgewährung nach dem SGB II

-Drucksache Nr. 58/06-

Hr. Dr. Brückner erläutert die Vorlage der Verwaltung und den Vereinbarungsentwurf.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreisausschuss und dem Kreistag einstimmig, dem Abschluss einer Vereinbarung zur anderweitigen Verteilung der Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II auf der Grundlage des beiliegenden Entwurfs zuzustimmen.

TOP 4: Haushaltsplanentwurf 2007

4.1 Einzelplan 4 -Soziale Sicherung-

- Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
 - Sozialhilfe und andere Bereiche der sozialen Sicherung
- dazu: Förderungsanträge

-Drucksache Nr. 14/07-

**4.2 Einzelplan 5 -Gesundheit...- Unterabschnitte 5000 und 5400 -
dazu: Trägerförderung 2007**

-Drucksache Nr. 17/07-

Hr. Thier erläutert den Einzelplan 4, soziale Sicherung, anhand einer Präsentation (Anlage zur Niederschrift).

Hr. Dr. Brückner stellt den Einzelplan 4, Grundsicherung für Arbeitsuchende, mit Hilfe einer Tischvorlage vor.

Auf die vorliegenden Förderungsanträge der „Frauenberatung wittEN“ und der „Alzheimer Gesellschaft Hattingen und Sprockhövel e.V.“ wird verwiesen.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende weist auf die optimistische Einschätzung der Verwaltung hinsichtlich der Ausgabenentwicklung bei der Veranschlagung der Haushaltsansätze für Krankenhilfe, heilpädagogische Leistungen -Ausgaben- und Eingliederungsleistungen -Einnahmen- hin.

Hr. Dr. Brückner begründet die Reduzierung der Ausgaben für Krankenhilfenaufwendungen damit, dass Abrechnungsüberhänge aus Vorjahren geringer eingeschätzt werden. Dem Ansatz bei den heilpädagogischen Leistungen liegen die Ziele des Haushaltssicherungskonzepts zu Grunde. Diese Ziele werden nicht aufgegeben. Es ist jedoch unstrittig, dass Rechtsansprüche von Leistungsberechtigten befriedigt werden. Bei dem Ansatz Eingliederungsleistungen handele es sich um einen kostenneutralen durchlaufenden Posten, der haushaltsrechtlich die Möglichkeit gebe, die erwartete Nachbewilligung einzusetzen, ohne das Verfahren für überplanmäßige Ausgaben durchführen zu müssen.

Hr. Winter weist darauf hin, dass es im Bereich heilpädagogische Leistungen bei der AWO sogar Wartelisten gibt.

Hr. Obereiner wendet ein, dass nicht nur die Quantität der heilpädagogischen Leistungen sondern auch die Qualität der Leistung von Interesse ist. Hr. Dr. Boschek kündigt an, die Problematik in einer der nächsten Sitzungen in einem gesonderten Tagesordnungspunkt vorzustellen.

Hr. Dr. Boschek und Hr. Thier geben einen Überblick über Kreisförderungen in den entsprechenden Einzelplänen.

Fr. Vogt merkt kritisch an, dass inhaltlich keine Aussagen zu Zweck und Inhalt der Leistungen getroffen werden.

Auch die stellvertretende Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung um ergänzende Mitteilung, ob die Mittel als Pauschal- oder Einzelfallfinanzierung gewährt werden, ob Zweck und Ziele des Mitteleinsatzes erreicht werden und -soweit der Leistung Verträge zugrundeliegen- wie diese Verträge befristet sind.

Hr. Dr. Boschek übergibt dem Ausschuss eine Aufstellung über Kreiszuschüsse im Rahmen der Trägerförderung.

Hr. Dr. Boschek erläutert den Einzelplan 5, Unterabschnitte 5000 und 5400, anhand einer Präsentation.

Hr. Dr. Boschek teilt auf Nachfrage von Hrn. Obereiner mit, dass sich die Mitfinanzierung der Städte bei dem Projekt „sexueller Missbrauch“ auf den Ausgleich des Trägeranteils bezieht.

Hr. Winter weist darauf hin, dass die weggebrochene Landesförderung „Haus im Park“ in 2006 durch Spendenmittel ausgeglichen wurde. Er gehe davon aus, dass 2007 auch ausreichende Spenden fließen würden. In künftigen Haushaltsjahren seien jedoch möglicherweise Kreismittel erforderlich um die Fortführung des Projekts sicherzustellen.

Hr. Junge erwartet eine konkrete Positionierung des Kreises, ob und ggf. in welchem Umfang der Kreis beabsichtigt, weggebrochene Landesförderung zu kompensieren.

Hr. Dr. Brückner weist darauf hin, dass sich die Position des Kreises im Haushaltsplanentwurf 2007 widerspiegelt. Entgegen dem Haushaltssicherungskonzept seien Förderungen der Höhe nach beibehalten worden.

Er schlägt vor, die Förderung im Rahmen der Haushaltsplanung 2008 wirkungsbezogen zu diskutieren.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales nimmt den Haushaltsplanentwurf 2007 sowie die vorliegenden Förderungsanträge ohne Beschlussempfehlung zur Kenntnis.